

sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/166

2. September 1974

Den Europa-Karren wieder flott machen

Zum Besuch des Bundeskanzlers bei Giscard d'Estaing

Von Wilhelm Dröschner

Präsident des Bundes der sozialdemokratischen
Parteien in der Europäischen Gemeinschaft und Mit-
glied des SPD-Präsidiums

Seite 1 / 35 Zeilen

Helmut Kohl hat immer noch keine Alternative

Der Slogan vom "aktiven Demokraten" hilft da nicht
weiter

Seite 2 / 35 Zeilen

CDU-MdB Walter Picard in der Klemme

Hat der Rektor aus Nieder-Roden die Unwahrheit
gesagt?

Von Hartmut Heß

Sprecher des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Seite 3 und 4 / 61 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 06 66 540 - 48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 56 11

Den Europa-Karren wieder flott machen

Zum Besuch des Bundeskanzlers bei Giscard d'Estaing

Von Wilhelm Dräeher

Präsident des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der
Europäischen Gemeinschaft und Mitglied des SPD-Präsidiums

Unter vier Augen werden der französische Staatspräsident und der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland über die nächsten Schritte sprechen und beraten, die die Europäische Gemeinschaft endlich wieder aktivieren sollen. Allzulange - gleich aus welchen Gründen auch immer - war die politische und wirtschaftliche Einigung der Gemeinschaft verzögert worden.

Es geht in Paris um mehr als nur um Geld, so entscheidend finanzielle Aspekte auch sein können, wie die kraftvolle Unterstützung für den wichtigen EG-Partner Italien durch die Bundesrepublik gezeigt hat. Sie erhält ihren Sinn und bekommt ihre politische Durchschlagskraft aber erst dann, wenn sie Teil der Gesamtkonzeption der EG sein wird. Deshalb wird Helmut Schmidt dem französischen Präsidenten auch über alle Einzelheiten der Hilfe für Italien informieren, die ein Stück praktizierter europäischer Solidarität darstellt.

Das italienische Beispiel beweist, daß die Zeit der nationalen Egoismen und Alleingänge vorbei sein muß, wenn die ganze nationale Solidarität nicht in Frage gestellt werden soll. Es fehlt Valery Giscard d'Estaing beim Pariser Treffen also nicht an sehr aktuellem Bezug auf seine jüngste Europa-Initiative, die in allen Ländern überwiegend positive Aufnahme gefunden hat.

Helmut Schmidt hat in Paris besonders deshalb einen aktuellen und interessanten Gesprächspartner, weil Frankreich z.Zt. und noch bis zum Jahresende den Vorsitz im Brüsseler EG-Ministerrat führt. Der Kanzler wiederum, der auf einem weltweit beachteten Erfolg in der Stabilitätspolitik verweisen kann, ist für Präsident Giscard d'Estaing einer der derzeit wohl kompetentesten Partner für die gemeinsam zu planenden Schritte gegen die Inflation in den Staaten der EG und in der gesamten freien Welt. Daß dies die deutschen Christdemokraten und ihr Vorsitzender Dr. Helmut Kohl nicht zur Kenntnis nehmen, hat in Frankreich ohnehin niemand registriert. Vielmehr setzen das amtliche Paris sowie die französische Bevölkerung große Hoffnungen auf den Besuch des deutschen Kanzlers.

Schmidt und Giscard d'Estaing wollen gewiß innerhalb der EG keine deutsch-französische Sonderbündelei, aber sie müssen jetzt gemeinsam die motorische Kraft in die Gemeinschaft bringen, die den im Streuzand nationaler Egoismen steckengebliebenen Europa-Karren nun wieder flott macht.
(-/2.9.1974/ks/ex)

+ + +

Helmut Kohl hat immer noch keine Alternative

Der Slogan vom "aktiven Demokraten" hilft da nicht weiter

Der CDU-Bundesvorsitzende Dr. Helmut Kohl hat keine brauchbare und zündende Alternative. Diese Erkenntnis ist das Hauptfazit aus dem Ablauf des 19. Parteitages der rheinland-pfälzischen CDU in Koblenz, der Kohl zudem noch eine empfindliche persönliche Niederlage in der Nachfolgewahl zum Amt des Landesvorsitzenden gebracht hat. Sein Favorit Dr. Heinrich Geissler ("Das ist mein Mann!") unterlag distanziert gegen Dr. Bernard Vogel, der eines Tages Kohl sogar den Ministerpräsidentenstuhl streitig machen wird - auch dann, wenn Dr. Kohl, wie zu erwarten, bei der Bundestagswahl 1976 als Unions-Kanzlerkandidat verlieren wird.

Dr. Kohl versuchte in Koblenz, diese breite und tiefe Lücke, die die CDU und er anstelle eines alternativen Sachprogramms aufweisen, mit dem Verbalgeklänge von einer "aktiven Demokratie" zu überdecken. Die lange Darstellung, die Kohl in Anspruch nahm, um diesen Slogan zu einer Eigenart der Union und vor allem seiner Politik zu machen, trug nur dazu bei, daß die Lücke noch breiter und tiefer und noch sichtbarer wurde. Da Dr. Kohl außerdem der kardinale Fehler unterlief, seine verbal usurpierte Position als "aktiver Demokrat" in echroffen Gegensatz zur sozialen Demokratie der SPD zu konstruieren, bleibt nur die allgemeine Erkenntnis, daß die CDU tatsächlich alle Anstrengungen machen muß, um rechtzeitig genug für die Bundestagswahl 1976 nicht nur einen attraktiven Kanzlerkandidaten, sondern auch ein ebenso attraktives Alternativprogramm vorweisen zu können.

Das angeblich scharf konturierte Bild vom "aktiven Demokraten", den Dr. Kohl zum Antipoden des sozialen (in CDU/CSU-Version: sozialistischen) Demokraten aufbauen wollte, verwischt sich nämlich außerhalb der Koblenzer Kongreßhalle zu einem Allgemeingemälde. Wer in der Bundesrepublik fühlt sich denn nicht als "aktiver" Demokrat, wenn er am politischen oder gesellschaftlichen Leben tätig teilnimmt?! Wem dieses Adjektiv entzogen werden müßte, der hat sowieso seinen politischen Funktionsanspruch verloren - egal ob er sich in einer Partei oder ob er sich außerhalb der Parteien befindet. Also ist auch er, der Dr. Kohl, ein solcher "aktiver" Demokrat. Aber das allein ist doch keine Alternative und schon gar kein Befähigungsnachweis für den Anspruch, in Bonn eines Tages Kanzler werden zu wollen. (ea/2.9.1974/ks/eg)

+ + +

CDU-MdB Walter Picard in der Klemme

Hat der Rektor aus Nieder-Roden die Unwahrheit gesagt?

Von Hartmut Haß

Sprecher des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Hat der CDU-Bundestagesabgeordnete aus Nieder-Roden, Rektor Walter Picard, bewußt die Unwahrheit gesagt? Der Ex-Präsident der "Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit", der, wie aus Kreisen der rechteradikalen Deutschland-Stiftung verlautet, von seinem Amt zurückgetreten ist, um den für die CDU so günstigen Vereinsstatus der Studiengesellschaft nicht zu gefährden, hat versucht, die Öffentlichkeit über die Zusammenhänge um die Studiengesellschaft hinters Licht zu führen.

Dem Südwestfunk-Redakteur Dr. Ralf Reck versicherte er, er habe nichts davon gewußt, daß die "deutsche Studiengesellschaft" mit Sitz in Amorbach/Postfach 1 zehn vH ihrer Spendeneinnahmen an die in der Schweiz gegründete "Internationale Studiengesellschaft für Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitische Öffentlichkeitsarbeit" transferiere. Reck war auf diese Transaktionen gestoßen, als er im April und Mai für eine Sendung des Magazins "Report" über die Studiengesellschaft und ihren Geschäftsführer Karl Friedrich Grau recherchierte. Nach Picards Darstellung in der "Report"-Sendung war die finanzielle Transaktion ein Alleingang des Geschäftsführers beider Studiengesellschaften, des durch seine NPD-Kontakte suspekten CDU-Mitgliedes Karl Friedrich Grau aus Frankfurt und Goldswil im Schweizer Kanton Bern.

Die Schweizer Gründung der deutschen Studiengesellschaft war von der CDU-nahen deutschen Postfachorganisation betrieben worden, weil man glaubte, vom neutralen Ausland aus besser gegen die Bonner Koalition operieren zu können. Denn Ziel der Agitation aus Interlaken, dem Sitz der Schweizer Gesellschaft, ist nach wie vor die Bundesrepublik. Rund 90 vH der Empfänger der aus Interlaken verschickten "Intern-Informationen" sitzen in der Bundesrepublik. Recht seltsam nimmt sich folgender Satz aus der Vereinsatzung aus, der bei der Eintragung der "Internationalen Studiengesellschaft" im Interlakener Handelsregisterbüro, vergleichbar mit unserem Vereinsregister, hinterlegt wurde: "Er (der Verein/Red.) will mit seinen Aktionen und seiner Aufklärungsarbeit dem Bürger helfen, mit dem

jeder extremen Minderheit fertig zu werden. Bekämpfung aller antidemokratischen und demokratieschädigenden Gruppen und Bewegungen, sowie Terrororganisationen, die sich die Vernichtung des demokratischen Staates zum Ziel gesetzt haben."

Ein hehres Ziel für einen rechtsradikalen Verein mit einem Karl Friedrich Grau als Geschäftsführer, der mit Neonazis in der Bundesrepublik Deutschland Wahlabsprechen zu treffen sucht!

Die Gründungsversammlung der "Internationalen Studiengesellschaft" am 2. Dezember 1972 - kurz nach der für die CDU verlorenen Bundestagswahl - führte neben einem Engländer und sechs Schweizern auch sechs Deutsche nach Interlaken. Regierungsrat Hellmut Walther aus Ludwigsburg, den CDU-Landtagsabg. Richard Mackenberg aus Frankfurt, Karl Friedrich Grau aus Frankfurt und Goldswiel im Schweizer Kanton Bern, Pastor Kurt Neumann (Interlaken), den CDU-Bundestagsabg. Walter Picard aus Nieder-Roden und den CDU-Bundestagsabg. und Ostexperten Dr. Werner Marx aus Bad Godesberg.

Während Dr. Werner Marx, der sich angeblich von der "Studiengesellschaft" getrennt hat - nach der Bestätigung des Handelsregisterbüros Interlaken vom 26. Juli 1974 -, noch immer Vizepräsident der "Internationalen" ist, blieb - zumindest bis zum gleichen Termin - Walter Picard, der sich ebenfalls für die Öffentlichkeit von der "Studiengesellschaft" zurückgezogen hat, bei der Schweizer Schwesterorganisation Rechnungsrevisor. Ein Revisor also, Picard hat dieses Amt seit Gründung der "Internationalen" inne, der nichts von den Geldgeschäften seiner Gesellschaft weiß! Das anzunehmen, hieße Picard unterschätzen.

Es bleibt nur der Schluß: Walter Picard hat bewußt die Unwahrheit gesagt, als er in der "Report"-Sendung über die "Studiengesellschaft" im Mai erklärte, daß er von den finanziellen Transaktionen nichts gewußt habe. Sein Verbleiben in der Schweizer "Studiengesellschaft" bestätigt zugleich, daß sein Verzicht auf das Präsidentenamt der deutschen Gesellschaft lediglich ein Scheinmanöver für die Öffentlichkeit war.

(-/2.9.1974/bgy/ex)

+ - +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert